

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

27.06.2022

Inhalt

EWN

1 Neue Hoffnung für Lubmin <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 25.06.2022</i>	3
2 Grüner Wasserstoff soll im Rostocker Überseehafen produziert werden <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 25.06.2022</i>	5
3 Schneller als die Bundesregierung <i>DER TAGESSPIEGEL, 25.06.2022</i>	6
4 Bundeswirtschaftsministerium: Pläne zu Nord Stream 2 <i>MAZ-Online.de (Märkische Allgemeine), 24.06.2022</i>	8
5 EU-Kommissar rät Deutschland zu längeren AKW-Laufzeiten <i>Welt.de, 25.06.2022</i>	9

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 25.06.2022 | S. 7

 Auflage: 29.688 | Reichweite: 74.194

 Martina Rathke

GASKRISE

Neue Hoffnung für Lubmin

Als am 24. Februar Putins Truppen in die Ukraine einmarschierten, schaute alles nach Lubmin. Vier Monate später kommen potenzielle Investoren.

Irgendwo zwischen Wiesen-Labkraut und Spitzwegrich liegt die Zukunft von Lubmin. Hanno Balzer stapft durch das kniehohe Gras vor der Ruine des ehemaligen Kernkraftwerkes. Hier auf der Fläche, nahezu so groß wie fünf Fußballfelder, will das Hamburger Energieunternehmen HH2E eine Elektrolyse-Anlage zur Erzeugung von grünem Wasserstoff und einen gigantischen Batteriespeicher errichten. Die Anlage soll die größte in Europa werden - Investitionswert mehr als eine Milliarde Euro und in der Endausbaustufe mit einer Produktion von 60 000 Tonnen Wasserstoff pro Jahr.

„Zwei Argumente sprechen für Lubmin“, sagt Balzer und zeigt mit seinem Arm erst nach Westen, dann nach Osten. Westlich der Wiese liegt das Umspannwerk von 50Hertz, wo der Offshore-Strom aus den deutschen Windparks vor Rügen anlandet. Im Osten - nur einen Steinwurf entfernt - die Gasanlandestation der Nord-Stream-Leitungen. „Wie haben uns die gesamte Nord- und Ostseeküste angeschaut. An keinem anderen Standort kommen diese beiden Dinge zusammen - auch nicht in Rostock“.

Als am 24. Februar Putins Truppen in die Ukraine einmarschierten, geriet Lubmin in den Fokus der Weltpolitik. Das Zertifizierungsverfahren für Nord Stream 2 - gestoppt. Ob Nord Stream 1 nach der angekündigten Revision Ende Juli wieder ans Netz geht - unklar. Damals dachte Gemeindechef Axel Vogt über eine Haushaltssperre und Kürzungen im Gemeindeetat nach, weil mit Nord Stream 1 der größte Gewerbesteuerzahler wegzubrechen drohte. „Inzwischen ist mir deutlich weniger bange als vor vier Monaten“, sagt Vogt (parteilos). Mit den Investitionen, die derzeit in Lubmin angeschoben werden, könnten die millionenschweren Steuerausfälle kompensiert werden, hofft er inzwischen.

Lubmin ist wendeerprobt, energiewendeerprobt: Nachdem dort 1990 das größte DDR-Atomkraftwerk

vom Netz genommen wurde, versuchten sich Kohle- und Gaswerkinvestoren vergeblich an dem Standort. Dann kam 2006 der russische Energieriese Gazprom mit seinen Töchtern Nord Stream, machte die Industriebranche endlich wieder zum Energiedrehkreuz - bis Putin Panzer in die Ukraine schickte. Bei vielen Lubminern kam deshalb nach den vielen Jahren vergeblicher Investorensuche die von Kanzler Scholz proklamierte „Zeitenwende“ und die Ankündigung, sich von russischen Gaslieferungen unabhängig zu machen, nicht gut an. Auch jetzt bleibt die Skepsis groß - nicht nur ob die Energiewende gelingen kann, sondern auch, ob sie überhaupt nötig ist. Vor dem NettoMarkt in der Wusterhusener Straße lädt Enrico Levien den Einkauf in das Heck seines Fahrzeugs. Auf preiswertes russisches Erdgas zu verzichten, hält der Wolgaster für „den größten Schwachsinn“. Den Krieg werde Deutschland damit nicht stoppen. „Was ist mit der Korruption in der Ukraine“, schimpft er. „Da schaut kein deutscher Politiker mehr drauf.“ Um seine nächste Gasrechnung ist Levien bange. Aus einer geöffneten Autotür schallen in der Mittagshitze die Nachrichten nach draußen: „Bundwirtschaftsminister Robert Habeck hat heute die Alarmstufe des Notfallplanes Gas ausgerufen.“ Ein paar Meter weiter läuft Harro Lucht über den Parkplatz. Auch er hat keine abschließende Antwort drauf, ob die Wende zu ausschließlich erneuerbaren Energien gelingen wird. „Aber der Weg dahin ist richtig“, sagt er. Russland sei eine Diktatur, die angestrebte Unabhängigkeit deshalb folgerichtig. Er persönlich habe kein Problem, die Dusche zwei, drei Grad kälter zu stellen und die Heizung herunterzudrehen. „Aber der Riss geht durch viele Familien.“

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine war für HH2E und die schweizerische MET Group nicht der Grund für die Investitionsentscheidung. „Aber der Konflikt hat die Prozesse wesentlich beschleunigt“, sagt Balzer. „Der Krieg hat die Hebel komplett umgelegt.“ Er

neuerbare Energien - das sei die Zukunft, sagt auch Projektleiter Alf Geßner. Den Baubeginn visiert das Unternehmen für Herbst 2023 an. Erster grüner Wasserstoff könnte dann ab 2025 in das ursprünglich für Nord Stream gebaute Festlandnetz von Opal, Eugal und NEL als grüne Beimischung eingespeist werden. Ironie der Geschichte: Nord Stream hat für diese Entwicklung den Weg geebnet.

HH2E ist nicht der einzige Investor, der sich momentan brennend für den einst so bedeutsamen Anlandepunkt für russisches Gas interessiert. „Lubmin ist das Optimum“, meint der Aufsichtsrat der Deutsche ReGas GmbH, Stephan Knabe. Nirgendwo anders gebe

es an den Küsten einen so unmittelbaren Zugang in das deutsche Gasnetz. Das Unternehmen will ab 1. Dezember LNG per FSRU (Floating Storage and Regasification Unit) in das Festlandnetz einspeisen, damit vor allem im Osten Deutschlands die Heizungen nicht kalt bleiben. Auch die Einspeisung des LNG direkt in die Nord Stream 2 wird diskutiert.

Lubmin habe als Energiestandort eine Zukunft, auch wenn die Gasströme aus Russland komplett versiegen sollten, ist Gemeindechef Axel Vogt inzwischen überzeugt. Neben HH2E und ReGas gebe es bereits weitere Investorenanfragen. „Hier bewegt sich gerade eine Menge.“

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 25.06.2022 | S. 15-SEITE 15

📄 Auflage: 18.699 | Reichweite: 37.417

👤 Jens Griesbach

Grüner Wasserstoff soll im Rostocker Überseehafen produziert werden

Anlage entsteht bis zum Jahr 2026 / Konsortium aus Energieversorgern und Hafentreiber gründet dafür eine eigene Gesellschaft

Rostock. Innerhalb der nächsten vier Jahre soll im Überseehafen Rostock auf dem Gelände des Steinkohlekraftwerks eine 100-Megawatt-Produktionsanlage für die Erzeugung von grünem Wasserstoff entstehen, informiert die Hafentreiber-Gesellschaft Rostock Port. Die Elektrolyseanlage ist das Herzstück des Projektes „HyTech Hafen Rostock“. Dafür sollen Fördermittel eingeworben werden, heißt es weiter. Eine finale Investitionsentscheidung sei noch nicht getroffen und erst nach Erhalt des Förderbescheides geplant. Die Investitionen liegen im dreistelligen Millionenbereich.

Entwickelt und gebaut werden soll die Anlage von der Rostock EnergyPort Cooperation Gesellschaft, einem gemeinsamen Unternehmen der Energieversorger EnBW, RheinEnergie, RWE sowie Rostock Port, das jüngst in der Hansestadt gegründet wurde. Die vier Partner beteiligen sich jeweils mit knapp 25 Prozent an dem neuen Unternehmen. „Ziel ist der Auf- und Ausbau einer nachhaltigen und grünen Produktions- und Verteilungsstruktur für Wasserstoff“, heißt es in einer aktuellen Mitteilung von Rostock Port.

Jährlich sollen so bis zu 6,5 Tonnen Wasserstoff klimaneutral im Überseehafen Rostock erzeugt, in ein überregionales Verteilnetz eingespeist und lokalen Verbrauchern zur Verfügung gestellt werden. Der Standort ermögliche den Ausbau der Anlage auf eine Leistung von bis zu 1000 Megawatt und könne zur nachhaltigen

Energieversorgung und Energiesicherheit Deutschlands einen wichtigen Beitrag leisten.

„Gemeinsam mit den beteiligten Unternehmen treibt die RheinEnergie die zielgerichtete Transformation des Kraftwerkstandorts Rostock von der Steinkohle hin zu grünem Wasserstoff voran“, sagte Dr. Dieter Steinkamp, Vorstandsvorsitzender der RheinEnergie AG. „Damit schaffen wir eine Perspektive, nicht nur für den Standort selbst, sondern für die gesamte Region.“

„Wir sehen in der Realisierung eines solchen Projektes und einem sich daran anschließenden weiteren Ausbau eine große Chance, einen Kohlekraftwerksstandort langfristig in einen zukunftsfähigen Energiestandort zu transformieren. Wir sichern damit auch Arbeitsplätze vor Ort“, sagte EnBW-Geschäftsführer Rainer Allmannsdorfer, der auch Geschäftsführer des Kohlekraftwerkes ist.

„Die erfolgreiche Transformation von fossilen Energieträgern wie Kohle zu nichtfossilen Energieträgern wie Wasserstoff betrifft viele Teile des Hafens“, hob Port-Geschäftsführer Jens Scharner hervor. „Ein konsequenter Einstieg in den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern wird die fossilen Energieträger ablösen und zur Dekarbonisierung der Region führen. Als ein Partner des gemeinsamen Unternehmens möchten wir weiterhin Impulsgeber für eine klimaschonende und nachhaltige Hafengewirtschaft sein.“

Schneller als die Bundesregierung

Zwei Unternehmer aus Potsdam stehen kurz davor, in Lubmin ein LNG-Terminal zu errichten

Berlin – Als Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Dienstag nach seinem Besuch in der Kabinettsitzung von Mecklenburg-Vorpommern in Berlin vor die Presse tritt, horchen nur in Fachkreisen der Energiebranche einige Personen auf. Angesprochen auf ein mögliches Flüssigerdgas-Terminal in Lubmin sagt der Bundeskanzler etwas überraschend: „Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir da zu guten Ergebnissen kommen.“ Ziel sei es, bereits zum Jahreswechsel dort Flüssiggas (LNG) anzulanden.

Tatsächlich sind die Pläne in Lubmin weit vorangeschritten, wie der Tagesspiegel exklusiv erfuhr. Bereits Anfang Dezember könnten die ersten LNG-Lieferungen in die ostdeutschen Netze fließen. Doch hinter dem Projekt steht nicht die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit einem großen Energiekonzern, wie Uniper, die in Wilhelmshaven aktuell ein LNG-Terminal errichten. In Lubmin will ein Brandenburger Mittelstandsunternehmen mit lediglich 20 Mitarbeitern ein LNG-Terminal in Eigenregie errichten.

„Wir haben das Schiff, wir haben das LNG und wir sind uns mit dem Hafen einig“, sagt Stephan Knabe, Aufsichtsratsvorsitzender des Unternehmens „Deutsche Regas“. Knabe ist eigentlich Wirtschaftsprüfer, leitet als Potsdamer Steuerberater das größte Beratungsunternehmen in Brandenburg. Doch gemeinsam mit seinem alten Freund Ingo Wagner, langjähriger Fondmanager, nun Geschäftsführer und Hauptgesellschafter der Deutschen Regas, drängt er nun in den deutschen Gasmarkt, der angesichts der gedrosselten russischen Lieferungen immer mehr unter Druck gerät.

An ihrem Vorhaben arbeiten die beiden Männer seit Monaten im Hintergrund. „Uns war relativ schnell klar, dass es über kurz oder lang eine Gas-Knappheit gibt“, sagt Knabe im Gespräch mit dem Tagesspiegel. Wagner, der ebenfalls in Potsdam lebt, habe in seiner Zeit als Manager bereits große Gas-Infrastrukturprojekte geleitet und kenne daher die entsprechenden Experten. Bereits 2016 wollten sie ein Wasserstoffprojekt in Lubmin umsetzen, scheiterten damals aber. Nach

dem Kriegsbeginn in der Ukraine holen die beiden ihre alten Pläne wieder aus der Schublade und arbeiten an einer neuen Lösung – dieses Mal mit LNG.

Im Hintergrund lassen sie ihre alten Kontakte spielen, suchen Investoren und Partner für die Gaslieferungen. Nach eigenen Angaben haben sie dabei großen Erfolg. 100 Millionen Euro Eigenkapital besorgen sie. Damit gelingt es den beiden, eines von weltweit nur 48 FSRU-Schiffen zu optionieren – ein Spezialschiff zur Regasifizierung des Flüssigerdgases. Auch Vorverträge mit Gas-Lieferanten für LNG vom Weltmarkt seien bereits geschlossen. 4,5 Milliarden Kubikmeter Gas könnten sie pro Jahr in Lubmin anlanden, versichert Knabe. Eine enorme Leistung, die zur Versorgungssicherheit in Ostdeutschland beitragen könnte. Zum Vergleich: Im Jahr 2020 wurden in ganz Deutschland rund 86 Milliarden Kubikmeter Gas verbraucht. In Lubmin könnten so 320 Arbeitsplätze entstehen. Überprüfen lassen sich diese Angaben nicht, doch Knabe und Wagner sind optimistisch, dass bereits zum ersten Dezember 2022 Gas in Lubmin ankommt. „Wir müssen schneller sein, als die Temperaturen fallen.“

Die Bundesregierung selbst hat unter großem Druck und mit fast drei Milliarden Euro vier solcher FSRU-Spezialschiffe gechartert. Zwei LNG-Terminals in Wilhelmshaven und Brunsbüttel sind inzwischen im Bau. Auch Lubmin ist schon länger im Gespräch für ein LNG-Terminal. Weil dort die Pipelines Nord Stream I und Nord Stream II anlanden, ist die nötige Ferngasleitungs-Infrastruktur vorhanden. Mit den Hauptleitungen OPAL, Eugal und NEL wird vor allem der Osten und Norden der Republik mit Gas versorgt. Doch Lubmin besitzt anders als Wilhelmshaven keinen Tiefseehafen. Die Ostsee ist flach, der Greifswalder Bodden ist an den meisten Stellen nur gut zehn Meter tief – zu wenig für die schweren LNG-Tanker.

Doch auch dafür haben Knabe und seine Mitstreiter eine Lösung gefunden. Mit kleinen Shuttle-LNG-Schiffen soll die Fracht, die der große Tanker mit sich führt, einige Kilometer vor der Küste erst entladen und dann

in den Hafen zu dem FSRU-Schiff gebracht werden. Drei solcher Shuttle-Schiffe, die 5000 bis 10 000 Kubikmeter LNG transportieren können, hat die Deutsche Regas eigenen Angaben zufolge gechartert. Obwohl das Verfahren deutlich aufwendiger ist als an anderen Standorten, glaubt Knabe, dass das Gas bezahlbar bleibt: „Trotz unserer Seebrücke sind wir kostenmäßig wettbewerbsfähig.“

Es klingt nach einem abenteuerlichen Unterfangen, doch mehrere Stellen im politischen Berlin bestätigen dem Tagesspiegel die Seriosität des Unterfangens. Der Fernleitungsnetzbetreiber Gascade, der für die landseitigen Pipelines ab Lubmin verantwortlich ist, bestätigt den Eingang eines Antrags der Deutschen Regas. „Der Antrag liegt seit einigen Tagen vor und wird nun geprüft“, sagt eine Gascade-Sprecherin.

Der Bürgermeister von Lubmin, Axel Vogt, der auch Geschäftsführer des Hafens ist, bestätigt im Gespräch mit dem Tagesspiegel die Darstellung von Knabe. Er kennt die Pläne, hat einen Vorvertrag unterzeichnet. „Das hat alles Hand und Fuß“, sagt Vogt, der seit 13 Jahren Bürgermeister in Lubmin ist. Mit Investoren und Unternehmen aus der Energiebranche kennt er sich aus. Neben Nord Stream landen hier auch die Stromkabel mehrerer Offshore-Windparks, das stillgelegte Kernkraftwerk und ein altes Zwischenlager werden noch immer zurückgebaut. Vogt ist froh, dass mit der Deutschen Regas neue Infrastruktur nach Lubmin kommt. „Mein Interesse ist, zu zeigen, dass wir hier keine riesigen Investruinen haben“, sagt er. Auch über die Gewerbebeeinträchtigungen und die Liegekosten für das FSRU-Schiff dürfte sich der Bürgermeister freuen. Dass nun zwei Geschäftsmänner und nicht die Bundesregierung in Lubmin aktiv werden, wundert Vogel nicht – aber er ärgert sich: „Ich hätte mir schon gewünscht, dass sich mal jemand aus der Bundesregierung bei uns meldet, bevor der Bundeskanzler über LNG aus Lubmin

spricht.“ Doch in der Bundesregierung hält man sich zu den Details sehr zurück. Im Wirtschaftsministerium äußert man sich auf Anfrage ausweichend, verweist auf die eigenen vier FSRU-Schiffe und geplante LNG-Terminals. Zu den Plänen der Deutschen Regas äußert sich das Ministerium nicht. „Der Bund dachte wohl sehr lange, wir wollen eines seiner Schiffe“, sagt Knabe.

Offenbar hat Scholz vor seinen Äußerungen mit Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) über den Standort Lubmin gesprochen. Mit der hatten Knabe und Wagner noch am Abend vor der gemeinsamen Kabinettsitzung am Rande des Sommerfests der Landesvertretung von Mecklenburg-Vorpommern in Berlin gesprochen.

Die Landesregierung in Schwerin äußert sich nicht konkret zur Deutschen Regas. „Gegenwärtig sind verschiedene Projekte in der Diskussion und in Prüfung“, sagt Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD). Geklärt werden müssten auch Fragen nach einem möglichen Investor und Betreiber. „Es ist gut, dass auch beim Bund anscheinend anerkannt wird, dass die Ostsee als potentieller Standort in Betracht gezogen wird“, sagt Meyer. Dies würde die Versorgungssicherheit für Ostdeutschland stärken. Das sei auch das Hauptanliegen der beiden Potsdamer, versichert Stephan Knabe: „Uns motiviert am meisten, dass wir etwas für unser Land tun können.“ In Ostdeutschland solle im Winter niemand frieren. Zudem glaubt er an LNG als Brückentechnologie für Wasserstoff. Auch in Lubmin soll mittelfristig grüner Wasserstoff anlanden – die alten Pläne hat Knabe noch nicht aufgegeben. Doch erst einmal bleiben viele Hürden. Zahlreiche umwelt-, wasserschutz- und gefahrenschutzrechtliche Genehmigungen stehen noch aus. „Wir haben noch viele Herausforderungen“, sagt Knabe. „Aber es gibt für alles eine Lösung.“

MAZ-Online.de (Märkische Allgemeine) | 24.06.2022

RND/simm

WEBLINK

Bundeswirtschaftsministerium: Pläne zu Nord Stream 2

Berichten zufolge verfolgt das Bundeswirtschaftsministerium den Plan, die Erdgaspipeline Nord Stream 2 als Anschluss für ein Flüssiggasterminal an der Ostseeküste umzufunktionieren. Vonseiten des Ministeriums gebe es dazu zurzeit keine Kommentare – man streitet den Plan allerdings auch nicht ab. Das Umfunktionieren der Pipeline hätte Vor-, aber auch Nachteile.

Hannover. Die Erdgaspipeline Nord Stream 2 könnte als Anschluss für einen Flüssiggasterminals an der Ostseeküste umfunktioniert werden. So lautet Informationen des Nachrichtenmagazins „Spiegel“ zufolge der Plan des Bundeswirtschaftsministeriums von Robert Habeck (Grüne)

Der Plan sehe vor, „den auf deutschem Territorium liegenden Teil des Röhrensystems zu enteignen und vom Rest der Pipeline abzukappen. Die Röhren, die vom Land auf das Meer führen, könnten dann an ein mobiles LNG-Terminal angeschlossen werden“, schreibt das Magazin. Zu diesem Vorhaben sollen sich Mitarbeiter aus dem Bundeswirtschaftsministerium mit Vertretern der Nord Stream 2 Holding getroffen haben, die dem russischen Gazprom-Konzern gehört.

Experten: Gravierende Umweltschäden als Folge

Die Idee hat Vor und Nachteile. Am Ende der Pipeline hänge ein „perfektes Verteilnetz“ mit Verdichtern und Leitungen, sodass das Gas direkt nach Süddeutschland transportieren werden könnte. Die Pipeline um-

funktionieren zu lassen, hätte laut Experten jedoch „sehr schwerwiegende Umweltprobleme“ zur Folge, so der „Spiegel“. Da das Gebiet naturrechtlich geschützt sei, müsse bei jeder Änderung der Pipeline ein neues Planfeststellungsverfahren und eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden.

Gazprom würde Pläne ablehnen

Vermutet wird bislang allerdings, dass das russische Staatsunternehmen Gazprom dieses Vorhaben ablehnen wird. Vonseiten mancher Manager hoffe man stattdessen, die Pipeline in den kommenden Jahren - sollte der Krieg beendet sein - zu reaktivieren. Das Ministerium will die Überlegungen zur Pipeline offiziell weder kommentieren noch abstreiten.

Eine Sprecherin des Wirtschaftsministeriums äußerte dem „Spiegel“ gegenüber, dass nach weiteren Orten für Terminals gesucht werde. „Die Frage der vorhandenen Infrastruktur für eine Anbindung ist dabei ein wichtiger Faktor“, heißt es.

Welt.de | 25.06.2022 | S. Online 25.06.2022 18:29 Uhr

WEBLINK

”IDEOLOGIE HINTER SICH LASSEN”

EU-Kommissar rät Deutschland zu längeren AKW-Laufzeiten

EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton fordert Deutschland auf, die verbleibenden Kernkraftwerke länger am Netz zu lassen. Dies könne ein wichtiger Schritt gegen die drohende Energieknappheit sein.

EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton hat die Bundesregierung aufgefordert, ”die Ideologie hinter sich zu lassen” und die Laufzeit der drei verbleibenden Kernkraftwerke zu verlängern. Die drei AKW sollten ”ein oder zwei Jahre” länger am Netz bleiben, sagte der Franzose am Samstag dem Radiosender France Inter. Nach geltendem Atomrecht müssen alle deutschen Kernkraftwerke bis Ende des Jahres abgeschaltet werden.

Eine Laufzeitverlängerung würde nach Ansicht Bretons zur Lösung des Problems der Energieknappheit wegen reduzierter russischer Gaslieferungen beitragen. Angesichts der deutschen Pläne, verstärkt Kohlekraftwerke zur Stromgewinnung einzusetzen, halte er Atomkraft für die ökologisch bessere Option, sagte Breton.

Das Thema ist in Deutschland hochumstritten: Die AKW-Laufzeitverlängerung lehnen SPD und Grüne ab - aus der FDP dagegen kommt auch Zustimmung. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) zufolge sollen

befristet bis Ende März 2024 Kohlekraftwerke stärker zum Einsatz kommen. Finanzminister Christian Lindner (FDP) will auch den Atomausstieg neu diskutieren und fordert eine ”offene und unideologische Debatte” darüber.

Der Vorstandschef des größten deutschen Energiekonzerns RWE, Markus Krebber, hatte kürzlich erklärt, er halte die Diskussionen um eine mögliche Laufzeitverlängerung für ”zu spät”. Es sei schwierig, rechtzeitig an passende Brennstäbe zu kommen und die nötigen Sicherheitsfragen zu klären, sagte er.

CDU-Chef Friedrich Merz sagte dem Deutschlandfunk, wenn Frankreich 53 oder 56 Kernkraftwerke betreibe, ”dann müsste Deutschland eigentlich in der Lage sein, drei Kernkraftwerke über den Jahreswechsel hinaus zu betreiben”.

Die technischen und juristischen Fragen seien seines Erachtens lösbar. Mit dem Atomstrom könnten zehn Millionen Haushalte zuverlässig versorgt werden, plädierte er für eine Laufzeitverlängerung.